

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I
Institut für Geschichtswissenschaften
Seminar: Klassiker des politischen Denkens
Dozent: Prof. Jörg Baberowski

Macht und Freiheit

Das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Werken von Friedman, Keynes und
Schumpeter

Vorgelegt von:
Florian Müller

Inhalt

Einleitung	1
Gouvernementalität und Kapital – die Ökonomie bei Foucault und Bourdieu	4
Schumpeter und das Versagen der Märkte	8
Friedman und das Versagen der Politik	15
Keynes und das Versagen von Politik und Wirtschaft	18
Ein größter gemeinsamer Nenner?	21
Fazit	24
Literatur	I

Einleitung

Freiheit und Macht, Herrscher und Beherrschte, schon seit der Antike betrachten die schlauesten Köpfe einer jeden Epoche diese Konstellationen und versuchen zu ergründen, welche Aufgaben und Verpflichtungen mit der Rolle des einen oder des anderen erwachsen, welche Werte der Freiheit angesichts von Krieg und Hunger zukommen dürfen.

Für Thomas Hobbes war der Zustand der absoluten Freiheit der „Kriegszustand“, ein Zustand, in dem jeder Mensch auf sich alleine gestellt ist, in dem jeder Mensch befürchten muss, bei einem Aufeinandertreffen mit anderen Menschen getötet zu werden. Nur der Stärkste oder der Klügste vermochte in einer solchen Gesellschaft zu überleben. Da dieser „Kriegszustand“ für den Menschen nicht erstrebenswert sein konnte, schlossen sich die Menschen nach Meinung von Hobbes zusammen unter der Führung eines Herrschers, um ein Leben in Frieden führen zu können. Der Verzicht auf die eigene Freiheit, die eigene Unterwerfung, sichert bei Hobbes dem Menschen das Überleben und ermöglicht ihm den Aufbau einer Dynastie.¹ Die Rolle des Herrschers zu hinterfragen, bedeutet für Hobbes die Gefahr, in den Kriegszustand zurückzukehren.²

John Locke hingegen bezweifelt es, dass der Mensch automatisch in einem Kriegszustand verharret, sobald die einende Hand des Souveräns fehlt. Der Kriegszustand beginnt vielmehr durch den Streit, und dem Souverän kommt die Rolle des Schlichters zu.³ Der Souverän im Konzept von Locke verfügt bereits über deutlich weniger Befugnisse als noch der Herrscher bei Hobbes, seine politische Macht ist nicht mehr absolut. Vielmehr soll nicht nur er über seine Untertanen richten, auch seine Untertanen richten über ihn.⁴ Erfüllt der Herrscher nicht die Erwartungen seiner Untertanen, so muss er befürchten, durch einen Usurpator aus dem Inneren oder durch einen Eroberer aus dem Äußeren seines Landes ersetzt zu werden. Ein kluger Herrscher hört also in das Volk hinein und versucht, den Willen des Volkes zu beachten.

Um aber das Volk hören zu können, ist die Freiheit der Meinung notwendig. Diese zu beschützen sieht John Stuart Mill als eine der wesentlichen Aufgaben eines jeden Herrschers.⁵ Ähnlich wie Locke erkennt er die Fehlbarkeit des einzelnen Menschen, Mill sieht aber auch die Meinung eines Kollektivs als fehlbar und irrtümlich an. Da niemand wisse, wie vielleicht die

¹ Vgl. Thomas Hobbes, *Der Leviathan: Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*, Frankfurt am Main, 1994, 6. Auflage, S. 131.

² Vgl. ebenda, S. 258.

³ Vgl. John Locke, *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, Frankfurt am Main, 1977, S. 209–213.

⁴ Vgl. ebenda, S. 254–258.

⁵ Vgl. John Stuart Mill, *Über die Freiheit*, Leipzig, Weimar, 1991, S. 25–27.

Menschen in einhundert Jahren über einen Sachverhalt denken, könne man nicht davon ausgehen, dass in der eigenen Zeit geltende Normen und Ansichten von unseren Nachfolgern geteilt werden würden.⁶ Niemand könne für sich beanspruchen, die absolute Weisheit zu kennen, weshalb es wichtig sei, alle Meinungen, so konträr sie auch dem Zeitgeist entgegenstehen, nicht nur anzuhören oder zu diskutieren, sondern vor allem keine Meinungen in öffentlichen Diskursen zu verbieten oder gar zu bestrafen.⁷ Vielmehr müsse man akzeptieren, dass die Menschheit in der Vergangenheit aus heutiger Perspektive falschen Anschauungen Glauben schenken, wie auch, dass nicht alle unsere Ansichten von nachfolgenden Generationen geteilt werden. Die Freiheit des Denkens und Handelns wird dadurch bei Mill etwas, dass der französische Philosoph Michelle Foucault später als die neue Wahrheit bezeichnen wird.⁸ Die Macht eines Herrschers beginnt sich in dieser Zeit zu ändern. Sie beruht nun nicht mehr auf den Problemen der Konfrontationen mit anderen, sondern auf der Grundlage ökonomischer und demographischer Prozesse.⁹ Die ökonomische Freiheit wird dadurch für Foucault zu einem irreduziblen Gut.¹⁰

Unsere eigene Zeit scheint geprägt von einem engen Zusammenhang zwischen der Ökonomie und der Politik. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg dominieren ökonomische Theorien die Wahlprogramme und sind ein nicht wegzudenkender Teil der Nachrichten und Berichterstattung.¹¹ Die Grenzen zwischen den beiden Bestandteilen unserer Gesellschaft scheinen dabei die Freiheit und die Macht zu sein. Aus diesen Grund wird in dieser Arbeit versucht, aus Sicht der „häretischen Sekte“ der Ökonomen¹² zu beschreiben, welchen Wert die Freiheit in einer Gesellschaft haben darf und wie ein ideales Verhältnis von Politik und Wirtschaft gestaltet werden sollte.

Zu diesem Zweck wurden aus dem reichen Kanon an ökonomischer Literatur drei Werke ausgewählt, die sich explizit mit dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft auseinandersetzen. Es handelt sich dabei um Werke von Milton Friedman, Joseph Alois Schumpeter und John Maynard Keynes.

⁶ Vgl. ebenda, S. 35–40.

⁷ Vgl. ebenda, S. 33–35.

⁸ Vgl. Philipp Sarasin, Michel Foucault zur Einführung, Hamburg, Hamburg, 2016, 6., ergänzte Aufl., S. 185.

⁹ Vgl. ebenda, S. 184.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 185.

¹¹ Vgl. Alexander Nützenadel, Konjunktur und Krise: Die Wirtschaftsberichterstattung der ZEIT zwischen Expertenkultur und Politik (1949-1990), in: Christian Haase und Axel Schildt (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen, 2008, S. 130–143, hier S. 133–139.

¹² Vgl. Michel Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France, 1977-1978, Frankfurt am Main, 2015, 4. Auflage, S. 499.

Milton Friedman gilt dabei als einer der Gründungsväter der unter dem Namen Neoliberalismus in den ökonomischen Denktraditionen eingegangenen Denkrichtung, die sich für einen schwachen Staat und eine freie Wirtschaft ausspricht. Als Berater des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan prägte er eine ganze Periode in der Ökonomie der westlichen Welt, die in der großen Krise 2008 enden sollte. Gerade bei Friedman, im Übrigen der einzige der drei Ökonomen, der einen Nobelpreis für seine wissenschaftliche Arbeit erhalten sollte, ist es also interessant, seine Gedanken zur Ausgestaltung einer „freien“ Gesellschaft und seine Argumente zu betrachten, die er bereits 1949 in seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ festgehalten hat. Kann man hier bereits den Neoliberalismus antizipieren, den er knappe 30 Jahre später propagieren wird?

Ursprünglich als Mittelpol, der sich bei der Sichtung der Materialien aber dann doch besonders im Hinblick auf den Wert einer demokratischen Ordnung als Gegenpol zu Friedman herauskristallisierte, ist das Werk Schumpeters einzuordnen. Unabhängig davon, ob seine Bemerkungen über die Lebensfähigkeit ironisch gedacht werden müssen, stellt Schumpeters Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ eine dringend zu beachtende Referenz bei der Überprüfung der Überlebensfähigkeit demokratisch freiheitlicher Gesellschaften dar. So sehr Friedman die Überlegenheit einer freien Gesellschaft, soviel darf schon vorab vorweggenommen werden, zelebriert, so sehr hinterfragen Schumpeters Gedankenspiele diese Überzeugungen, wobei das Fazit, Schumpeter üblich – man vergleiche hierzu die Probleme mit seinem Werk über die Konjunkturzyklen¹³ –, dem Leser selber überlassen wird.

Die allgemeine Theorie von Keynes als potentielle Mitte zu titulieren, mag für manchen Leser äußerst gewagt wirken. Aber dieses Vorgehen macht aus zweierlei Gründen Sinn. Zum einen steht er für eine vom Staat geführte Marktwirtschaft, unter dem Namen Keynesianismus bekannt und in der Bundesrepublik unter der sozialliberalen Regierung praktiziert. Zum anderen bildet er für die beiden zuvor genannten Autoren wiederholt eine Zielscheibe beißender Kritik, die Friedman den Beinamen „Anti-Keynesianer“ einbringen sollte.¹⁴ Es bleibt zu klären, wie aus einer „allgemeinen Theorie“ ein praktikabler Keynesianismus sich entwickeln konnte und welche Ziele unter welchen Annahmen in dieser politisch-ökonomischen Richtung verfolgt wurden.

Es wird vermutet, dass die Gestaltung der Politik und damit der Aufbau eines Staates, in den Werken stark gebunden sein wird an die Maxime einer möglichst leistungsfähigen Wirtschaft. Ein Streitpunkt wird hingegen vermutlich sein, inwieweit der Staat eine Umverteilung des

¹³ Vgl. Thomas K. McCraw, Joseph A. Schumpeter: Eine Biografie, Hamburg, 2008, 1. Aufl., S. 325.

¹⁴ Vgl. Craig Freedman und Geoffrey C. Harcourt et al., How Friedman became the Anti-Keynes, in: Robert A. Cord und J. Daniel Hammond (Hrsg.), Milton Friedman, 2016, S. 607–630.

Kapitals vornehmen soll, wobei der hier genutzte Kapitalbegriff sich, an Pierre Bourdieu anlehnd, in die Kategorien monetär, kulturell und gesellschaftlich aufgliedert.

Die Arbeit fasst zunächst die Befunde der beiden französischen Philosophen Michelle Foucault und Pierre Bourdieu zur Rolle der Wirtschaft in unserer Gesellschaft zusammen. Anschließend werden die drei Werke der Autoren auf die weiter oben genannten Fragestellungen hin untersucht und zusätzlich, wo es aus der Sicht des Autors notwendig erscheint, in einen historischen Kontext eingebettet. Am Ende soll versucht werden, den größten gemeinsamen Nenner aus den Ansichten dieser drei unterschiedlichen Ökonomen zu extrahieren.

Gouvernementalität und Kapital – die Ökonomie bei Foucault und Bourdieu

Warum hat die Ökonomie heute einen so großen Einfluss auf unseren Alltag? Sie sichert zunächst einmal unser aller Überleben, in dem sie Güter bereitstellt, die zum Überleben benötigt werden. Sie verteilt diese Güter mal mehr, mal weniger gerecht über einen Markt mithilfe von Kapital, dass der Mensch bekommt, indem er ihr dient, indem er also entweder durch seine Arbeitskraft die zu verkaufenden Waren und Dienstleistungen mithilfe zu produzieren oder aber durch seine Ideen Waren entwickelt, die von den Menschen auf dem Markt benötigt werden. Die Ökonomie wirkt dadurch von der Idee her wie eine Herrscherin, die unser Leben lenkt, die wir Menschen aber eigentlich nicht zu unserer Herrscherin ausgerufen haben. Doch wie ist die Ökonomie dann aber unsere vermeintliche Herrscherin geworden? Dieser Frage ging Michelle Foucault in seinen beiden Vorlesungsreihen über die Gouvernementalität genauer nach. Er versuchte zu ergründen, wie die Disziplin in einem durch die Souveränität geführten System durch den Liberalismus der Gouvernementalität abgelöst wurde.

Heute, so Foucault, „leben [wir] im Zeitalter der Gouvernementalität, die im 18. Jahrhundert entdeckt wurde“¹⁵ Davor, so Foucault weiter, gab es dagegen den Souverän und den disziplinierten Untertan.¹⁶ „Der Souverän ist derjenige, der fähig ist, nein zur Begierde eines jeden Individuums zu sagen, wobei das Problem darin liegt, zu wissen, wie dieses der Begierde der Individuen entgegengesetzte ‚Nein‘ legitim und auf den Willen dieser Individuen selbst gegründet werden kann.“¹⁷ Die Antwort auf dieses Problem war für lange Zeit die Disziplin,

¹⁵ Foucault Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 164

¹⁶ Man sollte sich hierzu auch vor Augen führen, dass der Untertan im Englischen tatsächlich auch der disciple genannt wird

¹⁷ ebenda, S. 112

die „Ihnen in jedem Augenblick sagt, was Sie zu tun haben.“¹⁸ Aber, mit den Edikten von 1754 in Frankreich sieht Foucault nun plötzlich eine Veränderung in der Art und Weise der Regierung.¹⁹ Statt allein zu bestimmen, was unterbunden oder unternommen werden soll, wird nun versucht, „ausreichend Abstand zu gewinnen, damit man den Punkt erfassen kann, an dem die Dinge sich ereignen, seien sie nun wünschenswert oder nicht.“²⁰ Als Grund für diese veränderte Herangehensweise erachtet Foucault das Auftreten einer neukonzipierten Figur, welche zukünftig als die Bevölkerung bekannt werden sollte und laut Foucault ungefähr im 18. Jahrhundert ihre ersten Auftritte hatte.²¹ Den „Ursprung“ des Bevölkerungskonzeptes findet Foucault in der Konzipierung des Merkantilismus, in der die Bevölkerung als Arbeitskraft und wesentlicher Kostenfaktor in Erscheinung tritt.²² „Die Bevölkerung [aber] ist eine Gegebenheit, die von einer ganzen Serie von Variablen abhängt, welche bewirken, daß sie für das Handeln des Souveräns nicht transparent sein kann und daß überdies das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem Souverän nicht einfach der Ordnung von Gehorsam oder Gehorsamsverweigerung, von Gehorsam oder Revolte zugewiesen werden kann.“²³ Diese Nichtmessbarkeit der Variablen lässt die Bevölkerung für Foucault zu dem entscheidenden Transformationsoperator werden und lässt eine bis dahin nahezu unbekannte Wissenschaft sich entfalten, die laut Foucault dem Aufstieg der Ökonomie einen entscheidenden Antrieb geben sollte: die Statistik.²⁴

Die Statistik existiert laut Foucault bereits seit dem Ende des 16. Jahrhunderts, wobei sie ihren vollen Umfang im 17. Jahrhundert ausgebildet haben soll.²⁵ Erforscht werden sollte „im wesentlichen jene Kenntnis vom Staat mit seinen verschiedenen Gegebenheiten, mit seinen verschiedenen Dimensionen, mit den verschiedenen Faktoren seiner Macht.“²⁶ War sie zunächst zur alleinigen Unterstützung der königlichen Administration gedacht gewesen, um die merkantilistische Wirtschaftspolitik zu koordinieren, entwickelte sie sich im Laufe des 17. Jahrhunderts in Verbindung mit der Entdeckung der Bevölkerung „zum technischen Hauptfaktor oder zu einem der technischen Hauptfaktoren für die Aufhebung jener Blockade“, ²⁷ die das freie Spiel der ökonomischen Kräfte noch an ihrer Entfaltung hinderten.

¹⁸ ebenda, S. 75

¹⁹ Vgl. ebenda, S. 58.

²⁰ ebenda, S. 75

²¹ Vgl. ebenda, S. 103.

²² Vgl. ebenda, S. 106.

²³ ebenda, S. 109

²⁴ Vgl. ebenda, S. 119.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 152.

²⁶ ebenda, S. 152

²⁷ ebenda, S. 156

Mit ihr sollte sich nun eine neue Machttechnologie entwickeln, „die sich als Steuerung begreift, die nur durch die Freiheit und auf die Freiheit eines jeden sich stützend sich vollziehen kann.“²⁸ Foucault erkennt in dieser neuen Machttechnologie den Liberalismus, bei dem es im Gegensatz zum Merkantilismus nicht mehr darum gehen sollte, „mittels niedrigem Verkaufspreis für Korn, niedrigem bäuerlichen Gewinn, niedrigem Kaufpreis für die Leute [und] niedrigem Lohn“²⁹ den Reichtum des Landes durch den Export von auf diese Weise möglichst günstig produzierten Waren zu mehren, sondern „[d]ie Leute gewähren [zu] lassen, die Dinge geschehen, die Dinge laufen [zu] lassen, *laisser faire*, geschehen und laufen lassen, [sodass] sich die Realität entwickelt und läuft, ihrem Lauf folgt, nach den Gesetzen, den Prinzipien und den Mechanismen der Realität selbst.“³⁰ Die Freiheit eines Individuums, in der Vergangenheit gefürchtet und bekämpft, wird durch diese neue Form des Regierens zu einer Notwendigkeit.³¹ Die Erhaltung der natürlichen Phänomene, die durch den Liberalismus zum Vorschein gebracht werden, ist für Foucault nun das Hauptziel und die wesentliche Aufgabe der von ihm konzipierten *Gouvernementalität*.³² Er präzisiert:

„Mit diesem Wort ‚Gouvernementalität‘ möchte ich drei Dinge sagen. Ich verstehe unter ‚Gouvernementalität‘ die aus den Institutionen, den Vorgängen, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken gebildete Gesamtheit, welche es erlauben, diese recht spezifische, wenn auch sehr komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als wichtigste Wissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat.“³³

Durch die Konzentration auf die Bevölkerung und die Ökonomie gilt „die Freiheit [nun] nicht nur als Recht der Individuen, das legitimerweise der Macht entgegensteht, gegenüber den Übergriffen und dem Machtmißbrauch des Souveräns oder der Regierung geltend gemacht wird, sondern die Freiheit ist nun zu einem unverzichtbaren Bestandteil der *Gouvernementalität* selbst geworden. Man kann jetzt nur noch unter der Bedingung gut regieren, daß die Freiheit oder bestimmte Formen der Freiheit wirklich geachtet werden.“³⁴ Als Antrieb der Bevölkerung

²⁸ ebenda, S. 79

²⁹ ebenda, S. 56

³⁰ ebenda, S. 77

³¹ Vgl. Sarasin Michel Foucault zur Einführung, S. 184.

³² Vgl. Foucault Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, S. 506.

³³ ebenda, S. 162

³⁴ ebenda, S. 506

macht Foucault die Begierde, unter Ökonomen auch als Konzept des Nutzens bekannt, aus, „gegen die [der Souverän] nichts tun kann.“³⁵

Aber wie drückt sich die Begierde aus und vor allem, wie könnte man sie versuchen zu messen und zu ordnen? Während Foucault unsere Gesellschaft aus der Makroperspektive betrachtet³⁶ und deshalb nur auf die Existenz der Begierde hinzuweisen vermag, wird Foucaults Kollege und Freund Pierre Bourdieu genauer. Er geht dabei davon aus, dass nicht nur Produkte, sondern auch Freundschaften oder Gefälligkeiten, einfach alles, ihren bzw. einen Preis haben. „Sie lassen sich nur deshalb so schwer in Geld umsetzen, weil sie mit der Absicht einer ausdrücklichen Verneinung des Ökonomischen hergestellt werden.“³⁷ Da die Produktion von austauschbaren, materiellen wie auch immateriellen Gütern aus Arbeit besteht, plädiert Bourdieu für die Wiedereinführung des Kapitalbegriffs, da für ihn das „Kapital [...] akkumulierte Arbeit“³⁸ ist. Das Kapital drückt dabei für Bourdieu aus, „daß nicht alles gleich möglich oder gleich unmöglich ist“³⁹ Es darf aber nicht der Fehler gemacht werden, allein von einem ökonomischen Kapitalbegriff auszugehen, da dieser „die Gesamtheit der gesellschaftlichen Austauschverhältnisse auf den bloßen Warenaustausch [reduziert], der objektiv und subjektiv auf Profitmaximierung ausgerichtet und vom [rein ökonomischen] Eigennutz geleitet ist.“⁴⁰ Bourdieu schlägt daher eine Dreiteilung des Kapitalbegriffs vor. Für ihn besteht dieser aus einer kulturellen, einer sozialen und einer ökonomischen Komponente. Unter dem kulturellen Kapital versteht er universitäre oder schulische Abschlüsse, aber beispielsweise auch abgeschlossene Berufsausbildungen. Soziales Kapital hingegen umfasst für ihn gesellschaftliche Verpflichtungen, sowie die Kontakte zu Mitgliedern der Familie, zu Freunden oder der Kontakt zu Geschäftspartnern.⁴¹ Bourdieu trifft nun mit Blick auf den Zusammenhang der drei Kapitalarten eine doppelte Annahme. Einerseits legt er das ökonomische Kapital den beiden anderen Kapitalarten zugrunde, andererseits lassen sich aber die beiden anderen Kapitalarten nie vollständig in ökonomisches Kapital transformieren.⁴² Diese Annahmen haben zur Folge, dass „Gewinne auf einem Gebiet notwendigerweise mit

³⁵ ebenda, S. 111

³⁶ Vgl. Sarasin Michel Foucault zur Einführung, S. 184.

³⁷ Pierre Bourdieu, Schriften zu Politik & Kultur, Hamburg, 1992, S. 52

³⁸ ebenda, S. 49

³⁹ ebenda, S. 50

⁴⁰ ebenda, S. 50

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 52–53

⁴² Vgl. ebenda, S. 70–71.

Kosten auf einem anderen Gebiet bezahlt werden; in einer ‚allgemeinen Wissenschaft von der Ökonomie der Praxis‘ wird deshalb ein Begriff wie Verschwendung überflüssig.“⁴³

Schumpeter und das Versagen der Märkte

Dass Schumpeter einen engen Zusammenhang zwischen der Wirtschaft und der Politik ausmachte, darauf weist bereits Joseph Stiglitz in seinem Vorwort zu „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ hin.⁴⁴ Innerhalb dieses Zusammenhangs, so Schumpeter selber, liegt nach Ansichten der Sozialisten die Gefahr, dass aus der ökonomischen Macht der Kapitalistenklasse eine politische Macht erwächst. Schumpeter sieht aber auch durchaus auf Seiten der Arbeiter Möglichkeiten der Druckausübung, da ein Arbeitskampf politische und ökonomische Führer unter Druck zu versetzen vermag.⁴⁵ Zugleich verwehrt sich Schumpeter dem Gedanken, dass eine demokratische Gesellschaft gleichzusetzen ist mit einer freien Gesellschaft. Vielmehr nimmt er an, dass die „Beziehung zwischen Demokratie und Freiheit beträchtlich komplexer sein muß, als wir gewöhnlich glauben.“⁴⁶ Auch in einer Autokratie höre, so Schumpeter, der Prozess der Demokratie niemals vollständig auf zu existieren.⁴⁷ Zumindest einem Teil der Bevölkerung muss selbst der größte Diktator oder Absolutist seine Aufmerksamkeit schenken, da er „nicht nur in Abhängigkeit von den Daten der nationalen Situation [herrscht], sondern auch in Abhängigkeit von der Notwendigkeit, mit Hilfe einiger Menschen zu handeln, mit anderen auszukommen, wieder andere zu neutralisieren und den Rest zu unterdrücken.“⁴⁸

Nun stellt sich für den Leser zu Recht die Frage, wie ein System, das die Unterdrückung und Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung vorsieht oder zumindest toleriert, von Schumpeter als in Teilen demokratisch angesehen werden kann? Schumpeter versucht diesen Gedanken zu erklären. Er hält zunächst einmal fest, dass „[j]eder Versuch, die Menschen zu zwingen, etwas anzunehmen, was für gut und schön gehalten wird, was sie aber nicht tatsächlich wollen - obschon sie es vielleicht schätzen lernen würden, wenn sie die Ergebnisse kennten-, [...] den Stempel eines antidemokratischen Bekenntnisses [trägt].“⁴⁹ Aber im Grunde sagt die Form der Verfassung für ihn nichts über die Güte der politischen Entscheidungen aus, denn „[d]ie

⁴³ ebenda, S. 71

⁴⁴ Vgl. Joseph Alois Schumpeter, *Capitalism, socialism and democracy*, London, 2010, xiv.

⁴⁵ Vgl. Joseph Alois Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen, 1993, 7., erw. Aufl., S. 373.

⁴⁶ ebenda, S. 389

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 382.

⁴⁸ ebenda, S. 389

⁴⁹ ebenda, S. 376

Demokratie ist eine politische Methode, das heißt: eine gewisse Art institutioneller Ordnung, um zu politischen - legislativen und administrativen - Entscheidungen zu gelangen, und daher unfähig, selbst ein Ziel zu sein, unabhängig davon, welche Entscheidungen sie unter gegebenen historischen Verhältnissen hervorbringt.“⁵⁰

Das Ziel, die die Verfechter einer demokratischen Verfassung verfolgen, sieht Schumpeter vielmehr in den Tugenden, die alle Menschen mit einer Demokratie in Verbindung bringen. Tugenden wie:

„menschliche Würde - die Zufriedenheit, die aus dem Gefühl entsteht, daß im großen ganzen die politischen Angelegenheiten mit den eigenen Vorstellungen, wie sie sein sollten, übereinstimmen - die Koordinierung der Politik mit der öffentlichen Meinung - die vertrauensvolle Haltung des Bürgers zu seiner Regierung und die Zusammenarbeit mit ihr - das Vertrauen der letzteren auf die Achtung und die Unterstützung des Mannes der Straße - all dies und manches andere, das vielen von uns als das eigentliche Wesen der Demokratie erscheinen wird.“⁵¹

Für Schumpeter ist es daher auch ganz natürlich, dass jede demokratische Gesellschaft diskriminierende Elemente besitzt. Er bezieht sich beispielsweise auf die Altersgrenzen, die in jedem modernen demokratischen Wahlsystem existieren und damit alle unter dieser Grenze lebenden Staatsbürger von ihrem Recht auf eine Wahlbeteiligung ausschließen.⁵²

Wie fehlbar demokratische Entscheidungsprozesse zudem sein können, versucht Schumpeter seinen Lesern anhand eines Gedankenexperiments aufzuzeigen. Dabei zieht er als historische Beispiele die Hexenverbrennung und die Ketzerei heran, die selbst in aus heutiger Perspektive aufgeklärten und demokratischen Teilen Europas praktiziert wurden und in den meisten Fällen erst von absolutistisch herrschenden Staatsoberhäuptern gegen den Willen weiter Teile der Bevölkerung beendet wurden.⁵³ Schumpeter fragt sich nun, was schwerer wiegen mag für eine auf Freiheit achtende Gesellschaft. Das Verfahren beibehalten oder doch die dem Verfahren eigentlich zugrundeliegenden Tugenden achten? „[W]ürden wir die demokratische Verfassung an sich billigen, die solche Resultate hervorbringt, und sie einer nicht-demokratischen vorziehen, die sie vermiede“⁵⁴, fragt Schumpeter also seine Leser, um dann warnend

⁵⁰ ebenda, S. 384

⁵¹ ebenda, S. 390

⁵² Vgl. ebenda, S. 387.

⁵³ Vgl. ebenda, S. 382.

⁵⁴ ebenda, S. 383

hinzuzufügen: „Tun wir das nicht, so verhalten wir uns genau gleich wie jene glühenden Sozialisten, für die der Kapitalismus schlimmer ist als Hexenjagd und die daher bereit sind, nicht-demokratische Methoden zum Zweck seiner Unterdrückung zu akzeptieren.“⁵⁵

Das eigentliche Problem liegt für Schumpeter in der unklaren Definition von der Demokratie als die Herrschaft durch das Volk.⁵⁶ Unklar deswegen, da es aus seiner Sicht unmöglich sei, eine rational bestimmbare Meinung des Volkes messen zu können. „Das ist in erster Linie nicht auf die Tatsache zurückzuführen, daß einige Leute vielleicht etwas anderes als das Gemeinwohl wünschen, sondern auf die viel wesentlichere Tatsache, daß verschiedenen Individuen und Gruppen das Gemeinwohl mit Notwendigkeit etwas Verschiedenes bedeuten muß.“⁵⁷

Doch selbst wenn es möglich wäre, die Stimmung des Volkes zu messen, so hat Schumpeter starke Bedenken bezüglich der Qualität dieser Entscheidungen, wie man es bereits anhand des Beispiels mit der Hexenverbrennung erkennen konnte. Jedes Individuum müsste für eine rational gesicherte Entscheidung zu jedem politischen Thema über eine qualifizierte Meinung verfügen.⁵⁸ „De facto [...] verwendet [der Bürger] auf die Meisterung eines politischen Problems weniger disziplinierte Anstrengung als auf ein Bridgespiel.“⁵⁹ Dabei erweisen sich die Bürger eines Landes als schlechter Vertreter in eigener Sache, da sie meist „schlechte Kenner ihrer eigenen langfristigen Interessen“⁶⁰ sind. Die Mittel, mit der verschiedene Gruppen auf die Entscheidung eines Bürgers versuchen einzugreifen, seien „völlig analog zur Art und Weise der kommerziellen Reklametechnik.“⁶¹ Dies hieße aber wiederum nicht, dass ein einzelner Mensch, d.h. ein Diktator, auf lange Sicht bessere Entscheidungen treffen könne als das Kollektiv. „Es liegt viel Wahrheit in Jeffersons Ausspruch, daß letzten Endes die Leute klüger sind, als jedes einzelne Individuum sein kann, oder in Lincolns Ausspruch über die Unmöglichkeit, ‚ständig das ganze Volk zum Narren zu halten‘. Aber beide Aussprüche betonen in höchst bezeichnender Weise den langfristigen Aspekt. Ohne Zweifel ist es möglich zu argumentieren, daß nach einer gewissen Zeit die kollektive Psyche Ansichten entwickeln wird, die uns nicht selten als höchst vernünftig und sogar scharfsinnig Vorkommen.“⁶² Die Demokratie ähnelt unter diesen Gesichtspunkten einer freien Marktwirtschaft sehr stark. Bei beiden Systemen kommt es in der kurzen Frist zu einem Versagen, hier in Form von

⁵⁵ ebenda, S. 383–384

⁵⁶ Vgl. ebenda, S. 390.

⁵⁷ ebenda, S. 399

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 403.

⁵⁹ ebenda, S. 415

⁶⁰ ebenda, S. 414

⁶¹ ebenda, S. 418

⁶² ebenda, S. 420

Rezessionen, dort aufgrund von irrationalen Fehlentscheidungen. Auf lange Sicht dagegen sind sich die meisten Ökonomen einig, dass eine freie Marktwirtschaft in der Regel mehr Wohlstand generieren kann als jede Form der gelenkten Wirtschaft, also so, wie es Schumpeter auch bei einer demokratischen Gesellschaft ausmacht. Für Schumpeter ist die Demokratie daher als ein freier Wettbewerbsmarkt für politische Ideen anzusehen, auf dem durch die Wahl bestimmt wird, welche politischen Gruppen mit ihren Ideen mehr Unterstützung vom Volk erhalten.⁶³ „[D]ie demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben.“⁶⁴ Durch die Wahl einer gewünschten Führerschaft sieht Schumpeter das Majoritätsprinzip des Volkes am besten gesichert,⁶⁵ auch wenn dies bedeuten würde, „die ‚Regierung durch das Volk‘ fallen zu lassen und durch ‚die vom Volk gebilligte Regierung‘ zu ersetzen.“⁶⁶

Die Demokratie ist aus diesem Grund für Schumpeter die „Herrschaft des Politikers“.⁶⁷ Dieser ist vom Volk legitimiert worden, die Amtsgeschäfte seines Landes zu führen und benötigt dafür entsprechend geschultes Personal, da „die Führung eines Teils dieser Geschäfte besondere Fähigkeiten und Techniken [erfordert] und [...] daher Spezialisten, die diese besitzen, anvertraut werden [müssen]. Das berührt jedoch nicht das Prinzip [der Demokratie], weil diese Spezialisten einfach handeln, um den Willen des Volkes auszuführen, genau wie ein Arzt handelt, um den Genesungswillen des Patienten auszuführen.“⁶⁸ Ein Staat wirkt dadurch bei Schumpeter wie ein großes Unternehmen und es spräche auf den ersten Blick nichts dagegen, die Wirtschaft einfach unter das Dach eines entsprechenden staatlichen Unternehmens einzugliedern. Die Gefahr, die daraus aber erwacht, besteht aus den unterschiedlichen Anforderungen, die Politik und Wirtschaft an seine Führungskräfte stellt. Schumpeter verdeutlicht dies anhand der Besetzung von Ministerposten. Auf diese werden vom Regierenden „erstens ein paar Parteiveteranen [gesetzt], die das erhalten, was man Ehrenamt nennen könnte, zweitens die Führer des zweiten Glieds, diejenigen, auf die er für die laufenden Parlamentskämpfe zählt und die ihre Bevorzugung zum Teil ihrem positiven politischen Wert, zum Teil ihrem Wert als potentielle Störungsfaktoren verdanken; drittens die kommenden Männer, die er in den Zauberkreis des Amts einführt, um die ‚hellen Köpfe der Wilden

⁶³ Vgl. ebenda, S. 452.

⁶⁴ ebenda, S. 428

⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 433.

⁶⁶ ebenda, S. 390

⁶⁷ ebenda, S. 452

⁶⁸ ebenda, S. 398

heranzuziehen‘; und manchmal viertens einige Männer, die er zur Besetzung gewisser Ämter für besonders befähigt hält.“⁶⁹ Auch wenn man ähnliche Strukturen wahrscheinlich auch in einigen Großunternehmen wiederfinden mag, so wirkt eine Ordnung, in der die Experten am Ende kommen, nicht förderlich für das Fortbestehen eines Unternehmens im ökonomischen Wettbewerb. Die politische und die ökonomische Macht bedingen sich zwar einander, aber sie verfolgen unterschiedliche Ziele. Die Methoden sind dabei sehr ähnlich. Der Unternehmer versucht Konsumwünsche in Kaufentscheidungen, der Politiker dagegen versucht die politischen Wünsche in Wahlentscheidungen zu seinen Gunsten zu übersetzen. Gerade diese Überschneidung lässt wahrscheinlich viele Menschen vermuten, dass ein demokratisch legitimer politischer Führer auch weise ökonomische Entscheidungen zu treffen vermag. Die möglichen Betätigungsfelder eines Politikers sind dabei recht unterschiedlich:

„(1) die verschiedenen Arten von Stabilisierungspolitik zur Verhütung von Rückschlägen oder zumindest von Krisen, d. h. jedenfalls eine weitgehende staatliche Regelung der Wirtschaftslage, wenn nicht gar den Grundsatz der Vollbeschäftigung; (2) die ‚Erwünschtheit größerer Einkommensgleichheit‘ - wobei sie jedoch nur selten angeben, wie weit sie in der Richtung absoluter Gleichheit zu gehen bereit sind - und im Zusammenhang damit den Grundsatz redistributiver Besteuerung; (3) ein reichhaltiges Sortiment preispolitischer Maßnahmen, für die häufig Antitrust-Schlagworte die Begründung liefern; (4) staatliche Kontrolle des Arbeits- und des Geldmarktes, wenn auch in ganz verschiedenen Spielarten; (5) eine unbegrenzte Ausdehnung der Sphäre solcher Bedürfnisse, die jetzt oder später durch Staatsunternehmungen, entweder gratis oder zu niedrigen Einheitssätzen befriedigt werden sollen; und (6) - was sich von selbst versteht - alle Arten von sozialer Gesetzgebung.“⁷⁰

Die persönliche Haltung von Schumpeter lässt sich dem Zitat sehr gut entnehmen. Doch woher die Verehrung für ein System, das fehlerhaft ist und die Ablehnung des Politischen? Neben in dem Text unerwähnten persönlichen negativen Erfahrungen mit der Politik, die er sowohl in seiner Zeit als österreichischer Finanzminister⁷¹ als auch während der politischen Säuberung im öffentlichen Sektor in Amerika machen musste,⁷² sind es gerade die vermeintlichen Fehler

⁶⁹ ebenda, S. 436

⁷⁰ ebenda, S. 514–515

⁷¹ Vgl. McCraw Joseph A. Schumpeter, S. 123–127.

⁷² Vgl. ebenda, S. 395–405.

des kapitalistischen Systems, die er in seinem Buch und in seinen Reden betont. Wie Friedman nach ihm plädiert Schumpeter für eine Akzeptanz der Fehler, da langfristige Vorzüge kurzfristige Kosten implizieren.⁷³ Das Dämpfen der Marktzyklen durch politische Maßnahmen würde am Ende ganz automatisch den Untergang des Kapitalismus bedeuten. Schumpeter bemerkte deswegen beinahe spöttisch, dass sich Marx nur „in seiner Diagnose der Art und Weise [irrte], in welcher die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen würde; er irrte nicht in der Voraussage, daß sie schließlich zusammenbrechen werde. Die Stagnationisten irren in ihrer Diagnose der Gründe, aus denen der kapitalistische Prozeß in Stagnation übergehen werde; sie mögen aber doch noch Recht behalten mit ihrer Prognose, daß er stagnieren werde im Falle genügender Nachhilfe von Seiten des öffentlichen Sektors.“⁷⁴ Schumpeter sieht vier wesentliche Gründe für das Zusammenbrechen des Kapitalismus:

„Erstens: Gerade der Erfolg, den das Unternehmertum bei der Entwicklung der Produktivkräfte unseres Landes erzielt hat, und gerade die Tatsache, daß dieser Erfolg einen neuen Lebensstandard für alle Klassen hervorgebracht hat, haben paradoxerweise die soziale und politische Stellung dieses selben Unternehmertums unterhöhlt. Seine wirtschaftliche Funktion ist zwar noch nicht hinfällig, aber doch im Schwinden begriffen und der Bürokratisierung ausgesetzt. Zweitens: Kapitalistische Betätigung trägt, indem sie ihrem Wesen nach ‚rational‘ ist, zur Ausbreitung rationaler Geisteshaltungen, wie auch zur Zerstörung jener überkommenen Bindungen und gewohnten Über- und Unterordnungen bei, die nun einmal für das wirksame Funktionieren der Führungsordnung der Produktionsbetriebe unerläßlich sind: kein soziales System kann funktionieren, das ausschließlich auf einem Geflecht freier Verträge zwischen (rechtlich) völlig gleichgestellten Kontrahenten beruht, und in dem unterstellt ist, daß jeder Einzelne nur von seinen eigenen (kurzfristigen) Nützlichkeitserwägungen geleitet wird. Drittens: Die Konzentration des Unternehmertums auf die Aufgaben der Produktion und kaufmännischen Verwaltung hat entscheidend zum Entstehen eines politischen Systems und einer Intellektuellenschicht beigetragen, deren Struktur und Interessen sich von denen des Großunternehmertums lösten und ihnen schließlich in Feindschaft gegenüberstanden. Dieses

⁷³ Vgl. Schumpeter Capitalism, socialism and democracy, xii.

⁷⁴ Schumpeter Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, S. 525

Großunternehmertum wird nun in zunehmendem Maße unfähig, sich vor Einbrüchen zu schützen, die, kurzfristig gesehen, für andere Klassen höchst einträglich sind. Viertens: Als Folge von dem allen büßt die Wertordnung der kapitalistischen Gesellschaft immer mehr von ihrem maßgeblichen Einfluß nicht allein auf die öffentliche Meinung, sondern auch auf die ‚kapitalistische‘ Schicht selber ein, und das, obwohl sie auf der anderen Seite ursächlich für den ökonomischen Erfolg dieser Gesellschaft ist.“⁷⁵

Tatsächlich nimmt Schumpeter also nicht an, dass sich der Kapitalismus selber auffressen wird oder es dem Menschen irgendwann nicht mehr gelingen mag, neue Innovationen hervorzubringen, vielmehr spricht er sich, im Widerspruch auch heutiger Ökonomen wie dem Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, sogar für das privatwirtschaftliche Monopol aus, da die Aussicht auf Monopole gleichzusetzen sei mit der Aussicht auf Gewinne und diese Gewinne am Ende die Motivation privatwirtschaftlicher Aktivitäten sind.⁷⁶ Stiglitz hingegen betont in seiner kurzen Einleitung zur englischen Fassung von „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ mehrfach die politische und ökonomische Macht, die ein Monopolist erreichen kann und sieht dadurch einen der wesentlichen Punkte von Schumpeter, nämlich die Bedeutung für Monopole, widerlegt, da die Innovationen meist von kleineren Firmen ausgehen, die aber durch die Macht der großen an ihrer Entfaltung gehindert werden. An dieser Stelle übersieht Stiglitz aber, dass es meist auch andere einflussreiche Spieler auf dem Markt gibt, die, sofern sie den geschützten Markt als lukrativ erachten, sich zusammenschließen oder in neue Ideen investieren, um die Restriktionen aufzuheben. Schumpeter, aber auch vor allem Friedman, haben dies erkannt und anhand des Beispiels von Microsoft, dass Stiglitz als ein Paradebeispiel für einen trägen monopolistischen und innovationshemmenden Konzern erachtet, lässt sich dies wunderbar verdeutlichen. Zum einen wurde die Dominanz von Microsoft dadurch untergraben, dass Spezialisten in ihrer Freizeit eine kostenlose Alternative entwickelt haben, das Betriebssystem Linux. Dies alleine hat die Dominanz noch nicht beschädigen können, aber dadurch, dass der Apple Konzern vor gut 10 Jahren das Zeitalter des Smartphones einleitete und ein anderer großer Spieler, der Google Konzern (heute Alphabet) sein mittlerweile dominierendes Smartphone Betriebssystem auf Linux basierend entwickelte, wurde das Ende der Dominanz von Microsoft ohne staatliches Zutun eingeleitet. Das sind die Gründe, warum

⁷⁵ ebenda, S. 513–514

⁷⁶ Vgl. Schumpeter Capitalism, socialism and democracy, ix.

Schumpeter und, wie noch zu zeigen ist, auch Friedman private Monopole akzeptieren, auch wenn beiden bewusst ist, dass sie nicht zur idealen Verteilung beitragen.⁷⁷

Friedman und das Versagen der Politik

Für Milton Friedman gibt es genau zwei Arten, um „die wirtschaftlichen Aktivitäten von Millionen von Menschen zu koordinieren: Die eine ist die zentral gelenkte, wobei mithilfe von Zwangsmaßnahmen gearbeitet wird, also mit Techniken, wie sie Armeen und totalitäre Staaten anwenden. Die zweite Art ist die freiwillig gesteuerte, also die Kooperation einzelner Individuen, wie man sie auf jedem Marktplatz erleben kann.“⁷⁸ Wenn man aber möchte, dass es zu einem Fortschritt in seinem Land kommt, dann gibt es keine wirkliche Alternative, da „[d]ie großen Erfolge der Zivilisation [...] nie von zentralen Staatsgewalten ausgegangen [sind].“⁷⁹ Den Grund dafür sieht Friedman darin, dass es auf einem zentral gelenkten Markt zu keiner hohen Diversität an konkurrierenden Ideen kommen kann, die aber „gerade essenziell für die Experimente [ist], die es uns erlauben, morgen schon zu faulenzen, obwohl wir heute noch arme Schlucker sind.“⁸⁰ Doch ist das Verhältnis von Freiheit und Macht schwierig. Zwar liegt in der Konzentration der Macht eine der größten Gefahren für die Freiheit, zugleich kommen wir aber nicht umhin zu akzeptieren, dass wir die Politik benötigen, um die Freiheit zu schützen und ausleben zu können.⁸¹ Dabei möchte er nicht bestreiten, dass es sich meist um Menschen mit guten Absichten handelt, die sich für eine stärkere staatliche Lenkung aussprechen. Aber er ist sich zugleich sicher, dass leider genau diese Menschen auch die ersten sein werden, die sich später wieder wünschen diese Maßnahmen zu revidieren.⁸² Friedman nennt zwei grundlegende Maßnahmen, um eine ausufernde Zentralisierung zu verhindern und die Freiheit der Gesellschaft zu sichern:

„Erstens: Der Spielraum der Regierung muss beschränkt sein. Ihre Aufgabe muss es sein, unsere Freiheit zu schützen, insoweit sie von außerhalb bedroht ist und insoweit sie unsere Mitbürger verletzen könnten: also für Gesetz und Ordnung zu sorgen, die Einhaltung privater Verträge zu überwachen, für Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen. [...]“

⁷⁷ Vgl. ebenda, xiii.

⁷⁸ Milton Friedman, *Kapitalismus und Freiheit*, München, 2014, 9. Aufl., S. 36

⁷⁹ ebenda, S. 26

⁸⁰ ebenda, S. 27

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 24–25.

⁸² Vgl. ebenda, S. 26.

Das zweite klare Prinzip ist, dass die Macht der Regierung verteilt sein muss. Wenn die Regierung schon Macht ausübt, dann besser im Landkreis als im Bundesland, besser im Bundesland als in der Hauptstadt.“⁸³

Die Regierung ist für Friedman in einer freien Gesellschaft zum einen das Organ in einem Staat, das bestimmt, nach welchen Regeln die Marktteilnehmer agieren dürfen, zum anderen soll die Regierung aber auch überwachen, dass sich die Marktteilnehmer an diese Regeln halten.⁸⁴ Aus der Sicht von Friedman wird im Gegenzug der Regierung durch den Markt ermöglicht die Zahl an Problemen, die einer politischen Lösung bedürfen, zu reduzieren und sogar zum Kitt der Gesellschaft zu werden:

*„Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten, die Grundwerte betreffen, können selten, wenn überhaupt, an der Wahlurne entschieden werden; letzten Endes können sie nur durch einen Konflikt gelöst, aber nicht behoben werden. Die Religions- und Bürgerkriege der Geschichte sind das blutige Zeugnis dieser Entscheidung. [...] Je mehr Aktivitäten durch den Markt erfasst werden, umso geringer ist die Zahl der Probleme, die eine eindeutige politische Entscheidung und Einigung erfordern. Je weniger Streitfragen also eine Zustimmung notwendig machen, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Einigung bei Aufrechterhaltung einer freien Gesellschaft.“*⁸⁵

Auch wenn für Friedman jede Art von Intervention eine Einschränkung der Freiheit ist,⁸⁶ gibt es für ihn einen möglichen Grund, warum eine Regierung in den Markt steuernd eingreifen muss. Dabei handelt es sich um Aufgaben „von denen wir glauben, dass sie für Einzelne zu schwierig oder zu kostspielig wären. Indessen: Auch in diesem Gebrauch der Regierungsgewalt liegt eine Gefahr beschlossen. Zwar können und sollen wir es nicht vermeiden, die Regierung auf diese Weise zu gebrauchen. Dennoch sollten wir eine klare und ausführliche Berechnung der Vorteile anstellen, bevor wir uns darauf einlassen.“⁸⁷ Die hier genannten Probleme sind nicht zu verwechseln mit Monopolen. Bei diesen, besonders bei den technischen, hat Friedman die Befürchtung, dass ein staatliches Monopol nicht schnell genug reagieren würde, falls sich die Verhältnisse innerhalb der Gesellschaft ändern würden. Da er aber annimmt, dass wir in

⁸³ ebenda, S. 25

⁸⁴ Vgl. ebenda, S. 38.

⁸⁵ ebenda, S. 47

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 56.

⁸⁷ ebenda, S. 25

einer sich ständig verändernden Gesellschaft leben, muss er das Privatmonopol als das kleinere Übel hinnehmen.⁸⁸

Als Hauptgrund für den Wunsch nach Beschränkung des Marktes macht Friedman den mangelnden Glauben in die Freiheit selbst aus.⁸⁹ Eine der Hauptziele des Liberalismus, so Friedman, ist, „die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann. Die ‚wirklich‘ wichtigen ethischen Probleme sind solche, denen ein Individuum in einer freien Gesellschaft gegenübersteht: Nämlich zum Beispiel das Problem, was er mit seiner Freiheit anfangen soll.“⁹⁰ Da der Mensch dieser eigenen Freiheit also kritisch gegenübersteht, sich vielleicht sogar mit der Aufgabe überfordert fühlt, wünscht er sich eine staatliche Beschränkung der Freiheit. Dabei vergessen die Menschen, so Friedman an einer anderen Stelle, allzu schnell, gerade weil wir in einer Zeit großer politischer und wirtschaftlicher Freiheit leben, „wie sehr beschränkt doch die Spanne Zeit ist und der Teil der Welt, wo schon einmal politische Freiheit existiert hat: Der typische Zustand der menschlichen Geschichte war stets Tyrannei, Knechtschaft und Elend. Nur das 19. und frühe 20. Jahrhundert in der westlichen Welt bilden auffallende Ausnahmen im generellen Trend der geschichtlichen Entwicklung: Da gab es bezeichnenderweise politische Freiheit, und zwar in engem Zusammenhang mit dem freien Markt und der Entwicklung kapitalistischer Institutionen.“⁹¹ Friedman stellt davon ausgehend die These auf, dass es nur feste, einzelne Kombinationen geben könne zwischen den wirtschaftlichen und politischen Formen eines Landes.⁹² Dabei ist die Existenz eines kapitalistischen Wirtschaftssystems zwar eine notwendige Voraussetzung für die Existenz einer politischen Freiheit, Beispiele wie die Diktaturen in Spanien und Italien zeigen aber, so Friedman, dass die Existenz einer solchen Wirtschaftsordnung keine hinreichende Bedingung für die politische Freiheit sind.⁹³

Doch welcher Zusammenhang besteht aus der Sicht von Friedman zwischen ökonomischen Institutionen und der Freiheit der Individuen in einem Land auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft? Friedmann macht zwei Rollen aus: „Auf der einen Seite wird die Freiheit bei wirtschaftlichen Vereinbarungen selbst als eine Komponente der Freiheit verstanden, sodass wirtschaftliche Freiheit bereits ein Ziel für sich darstellt. Zum Zweiten ist die wirtschaftliche Freiheit ein unverzichtbarer Bestandteil bei der Erreichung politischer Freiheit.“⁹⁴ Während der

⁸⁸ Vgl. ebenda, S. 53.

⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 38.

⁹⁰ ebenda, S. 35

⁹¹ ebenda, S. 32

⁹² Vgl. ebenda, S. 30.

⁹³ Vgl. ebenda, S. 32–33.

⁹⁴ ebenda, S. 30

erste Gedanke nachvollziehbar ist, bedarf der zweite Gedanke einer weiteren Ausführung. Friedman versucht ihn anhand der historischen Entwicklungen rund um die beiden Weltkriege zu veranschaulichen. Auf eine Phase größter ökonomischer und politischer Freiheiten bis kurz vor dem ersten Weltkrieg folgte eine Zeit starker staatlicher Interventionen, die aus der Sicht einiger Gelehrter zu einer Bedrohung des Individualismus führen mussten. Deshalb „befürchteten die intellektuellen Erben der philosophischen Radikalen - Dicey, von Mises, von Hayek und Simons, um nur einige von ihnen zu nennen -, dass jedes weitere Fortschreiten in Richtung auf eine zentralisierte Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivität das bewahrheiten würde, was von Hayek in seinem Buch ‚Der Weg zur Knechtschaft‘ vorhergesagt hatte, das diesen Prozess genau analysierte. Jetzt legte man die Betonung auf die wirtschaftliche Freiheit, um damit wieder die politische Freiheit zu erreichen.“⁹⁵ Unter der politischen Freiheit versteht Friedman dabei, „dass es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf.“⁹⁶ Am Ende ist er sich bewusst, dass es eine solche reine Freiheit nicht gibt und auch nicht geben kann, da es immer Kreise der Gesellschaft geben wird, deren Freiheit wir einschränken werden. Friedman denkt dabei z.B., wie auch Schumpeter, an Kinder.⁹⁷ Auch ist er nicht der Meinung, dass Veränderungen in einer freien Gesellschaft keine Kosten und keinen Aufwand bedeuten dürfen. „Es ist [sogar] völlig angemessen, dass Menschen, die an bestimmte Dinge glauben, auch Opfer bringen, um diese Dinge zu propagieren. [...] Die Kosten für die Verbreitung unpopulärer Ideen müssen [jedoch] erträglich sein und nicht prohibitiv.“⁹⁸ Diese Ansicht teilt sich Friedman, wie bereits gezeigt wurde, mit Mill.

Keynes und das Versagen von Politik und Wirtschaft

Anders als Schumpeter oder Friedman geht Keynes in seiner Analyse der freien Marktwirtschaft von einer konkreten Situation aus. Das Buch ist als eine Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise 1929 zu verstehen, weshalb in dem Buch die negativen Seiten der freien Marktwirtschaft deutlich stärker betont werden als bei den Autoren zuvor. Keynes versucht in seinem Buch auch ferner keine Gründe für den Kapitalismus oder gegen eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu finden, sondern er versucht zu ergründen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die sozialen Auswirkungen der Konjunkturzyklen zu vermeiden. Bereits im Vorwort macht Keynes zudem deutlich, dass das Buch ein Ergebnis seiner Abkehr von der

⁹⁵ ebenda, S. 33–34

⁹⁶ ebenda, S. 38

⁹⁷ Vgl. ebenda, S. 57.

⁹⁸ ebenda, S. 42

klassischen Wirtschaftslehre darstellt, wie er sie selber jahrelang gelehrt habe.⁹⁹ Statt auf die langfristigen Vorzüge der freien Marktwirtschaft zu bauen, folgt Keynes nun seinem berühmt gewordenen Slogan: „In the long run we are all dead“.¹⁰⁰

Doch was löste nun aus der Sicht von Keynes die Krise aus? An welchen Punkten muss aus seiner Sicht angesetzt werden, um eine Krise wie die von 1929 zu verhindern? Wo sieht ein Ökonom wie Keynes die Schwächen einer freien Marktwirtschaft? „Die größten Fehler der ökonomischen Gesellschaft, in der wir leben, [so Keynes,] sind das Unvermögen, Vollbeschäftigung bereitzustellen, sowie die arbiträre und ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen.“¹⁰¹ Besonders die Arbeitslosigkeit müsse bekämpft werden, da sie „abgesehen von kurzen Phasen der Begeisterung, assoziiert wird - und meiner Meinung nach unvermeidbar assoziiert wird - mit dem heutigen kapitalistischen Individualismus.“¹⁰² Allerdings vermutet Keynes, dass unter den Bedingungen einer freien Marktwirtschaft „die Vermeidung großer Schwankungen bei der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich sich ohne eine weitreichende Veränderung in der Psychologie der Kapitalmärkte als unmöglich herausstellen wird, da es keinen Anlass gibt, diese zu erwarten. Ich schlussfolgere daraus, dass die Aufgabe der Bearbeitung des aktuellen Umfangs an Investitionen nicht ohne Risiko in privaten Händen gelassen werden sollte.“¹⁰³ Keynes ist sich dabei voll und ganz bewusst, dass seine Vorschläge für die meisten seiner Kollegen wie ein Aufruf zur Abschaffung der freien Marktwirtschaft wirken mussten, aber er versicherte ihnen, dass es nicht die Abschaffung des Individualismus ist, die er als Ziel verfolgt, sondern gerade die Bewahrung der existierenden Wirtschaftsordnung und der Erhalt einer funktionierenden privaten Wirtschaft.¹⁰⁴

Aus der Sicht von Keynes waren es plötzliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der zukünftigen Absatzzahlen, die für den Beginn der Krise sorgten. Gründe dieser Zweifel vermutet er in stagnierenden Absatzzahlen in Verbindung mit steigenden Lagerbeständen bei haltbaren Gütern.¹⁰⁵ Da geringere Investitionsaussichten zudem aus der Sicht von Keynes meist mit einem geringeren Konsum eben jener Güter einhergehen,¹⁰⁶ deren Lagerbestände eh schon wuchsen, wurde aus den Zweifeln am Ende eine selbsterfüllende Prophezeiung. Erschwerend

⁹⁹ Vgl. John Maynard Keynes, *The collected writings of John Maynard Keynes VIII: The General Theory of Employment, Interest and Money*, Cambridge [u.a.], 2013, 3. ed. 2007, this ed., S. xv–xvi.

¹⁰⁰ John Maynard Keynes, *Aussprüche und Parabeln*, online verfügbar unter: <http://www.keynes-gesellschaft.de/wp/keynes-leben-und-werk/aussprueche-und-parabeln/>. Zuletzt geprüft am: 14.4.2017 um 20:02

¹⁰¹ Keynes *The collected writings of John Maynard Keynes VIII*, S. 372, eigene Übersetzung.

¹⁰² ebenda, S. 381, eigene Übersetzung.

¹⁰³ ebenda, S. 320, eigene Übersetzung.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 380.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 317.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 319.

kam laut Keynes hinzu, dass, zur Vermeidung einer Inflation, die Zinsraten bereits so hoch waren, dass Investitionen in sinnvolle Projekte nicht mehr möglich waren.¹⁰⁷ Aus der Sicht von Keynes wurde es in dieser Situation nun versäumt, den Konsum der Güter wieder anzukurbeln, um so wieder Vertrauen und Selbstbewusstsein in die Märkte zurückzubringen, wobei „[e]s [gerade] die Rückkehr des Selbstbewusstseins [ist], welche so unempfindlich auf Einflussnahme in einer individualistischen Marktwirtschaft ist.“¹⁰⁸ Keynes konstatiert mit Blick auf dieses problematische Selbstbewusstsein der Märkte, dass es keinen Sinn ergibt, mithilfe von hohen Zinssätzen immer wieder für krisenähnliche Zustände zu sorgen, sondern, dass es aus seiner Sicht wesentlicher effektiver sei, durch niedrige Zinssätze die Wirtschaft in einen dauerhaft Aufschwung ähnlichen Zustand zu versetzen.¹⁰⁹ Die Angst seiner Kollegen vor einer Inflation oder gar einer Hyperinflation teilt er nicht. Er ist im Gegenteil sogar von den sozialen Vorteilen überzeugt, die eine Erhöhung der Kapitalmenge bis zu dem Punkt mit sich brächte, an dem das Kapital aufhören würde, selten zu werden.¹¹⁰ Als weitere Maßnahme, um die Akzeptanz der Wirtschaftsform in der Bevölkerung wiederherzustellen, schlägt Keynes zudem eine Umverteilung der Vermögen vor, da „[e]ine der wesentlichen Begründungen für die große Ungleichverteilung der Vermögen [...] weggefallen ist.“¹¹¹

Nur Erfahrungen, so Keynes, werden zeigen, in wie weit der allgemeine Wille, in Form der staatlichen Politik, zur Unterstützung und Verstärkung der Investitionsanreize führen sollte.¹¹² Die Aufgaben des Staates bei Keynes sollen dabei langfristig alle Maßnahmen sein, die eine Aufrechterhaltung einer hohen Konsumrate bewirken. Zudem soll der Staat verhindern, dass die Investitionsmengen am Markt über ein sozial verträgliches Niveau hinausgehen.¹¹³ Er spricht sich aktiv, bis auf vereinzelte, begründete Ausnahmen, gegen Handelsbarrieren aus, da „[d]ie Vorteile der internationalen Arbeitsteilung real und substantiell sind, auch wenn die klassische Schule sie sehr überbetont.“¹¹⁴ Durch eine von äußeren Einflüssen unabhängige autonome Zinsrate und staatliche Investitionsprogramme, die zu einer optimalen Binnenbeschäftigungsrate führen sollen, wäre, so Keynes, nicht nur dem entsprechenden Land geholfen, sondern auch dessen Nachbarn.¹¹⁵ Durch diese neue Art der Wirtschaftspolitik, so

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 323.

¹⁰⁸ ebenda, S. 317, eigene Übersetzung.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 322.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 325.

¹¹¹ ebenda, S. 373, eigene Übersetzung.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 377.

¹¹³ Vgl. ebenda, S. 325.

¹¹⁴ ebenda, S. 338, eigene Übersetzung.

¹¹⁵ Vgl. ebenda, S. 349.

vermutete Keynes, könnte man wahrscheinlich sogar Kriege vermeiden und den Frieden erhalten.¹¹⁶

Am Ende sei noch auf einen Gedanken verwiesen, der aktuell in einigen Kreisen der Ökonomie diskutiert wird und anschaulich aufzeigt, wo für Keynes die mögliche Einflussnahme der Politik auf die Ökonomie aufhört. Hintergrund ist dabei eine mögliche Abschaffung des Bargelds mit dem Ziel, auch auf private Konten negative Zinsen erheben zu können, um so die Konsumneigung der Bevölkerung zu beeinflussen. Es muss dabei nicht einmal diskutiert werden, was passieren würde, wenn in einem solchen Fall das Stromnetz oder das Internet nicht mehr verfügbar wären. Keynes sieht viel trivialere Gründe, sich gegen eine solche Idee des „Stempelgeldes“ auszusprechen: Da die Bürger weiterhin ihre ökonomischen Freiheiten besäßen, würden sie recht schnell einfach das Geld in Ersatzwährungen investieren, um so dem Wertverlust zu entgehen. Da diese Maßnahme also nur durch eine Einschränkung der ökonomischen Freiheit Aussichten auf Erfolg haben würde, spricht sich Keynes klar gegen solche Maßnahmen aus.¹¹⁷

Ein größter gemeinsamer Nenner?

Das Ziel dieser Arbeit war es bisher, den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft, Freiheit und Macht, aus der Sicht von Friedman, Keynes und Schumpeter zu beschreiben. In diesem Kapitel soll es nun noch einmal darum gehen, zu versuchen, das recht verzerrte Bild, dass die drei Autoren hinterlassen haben, zu ordnen.

Für Foucault bestand die große Leistung der Ökonomen, wie eingangs gezeigt, darin, der absoluten politischen Macht mithilfe der Bevölkerung und ihrer Begierde einen für den Souverän unkontrollierbaren Gegenpart gegenüber zu stellen. Nicht der Wille des Souveräns, sondern die Begierde des Volkes war nun die leitende Variable eines Landes. Während bei Keynes nur wenig zu diesem Punkt zu finden ist, sind die Ausführungen von Schumpeter und Friedman reich gespickt mit Details, die diesen Punkt von Foucault illustrieren. Bei Schumpeter kann dabei besonders an den Versuch erinnert werden, einen Volkswillen zu definieren. Gerade die Unmöglichkeit, diesen klar zu definieren, untermauert die These von Foucault, dass eine freie Marktwirtschaft nicht durch einen lenkenden Souverän angeführt werden kann. Friedman ging an dieser Stelle sogar noch weiter. Gerade da es Themen innerhalb einer heterogenen Bevölkerung gibt, bei denen es keine einheitliche Meinung geben kann, ist es bei vielen

¹¹⁶ Vgl. ebenda, S. 381.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, S. 357–358.

vermeintlich politischen Entscheidungen sogar besser, einen ökonomischen denn einen politischen Meinungsfindungsprozess zu durchlaufen. Die Konsumententscheidungen der Bürger bringen damit die Begierde zum Ausdruck, ohne dass es einer vorhergehenden Wahl bedurfte. Vielmehr befindet sich der Bürger, sogar auf der Suche nach der optimalen Befriedigung seiner Begierde, nun Schumpeter wieder aufgreifend, in einem ständigen Wahlkampf. Denn nicht rein zufällig vergleicht Schumpeter den politischen Wahlkampf mit einer ökonomischen Werbekampagne.

Doch um die Konsumententscheidungen frei treffen zu können, bedarf es einer existierenden Freiheit, vor allem der ökonomischen Freiheit, die bei allen drei Autoren daher auch der wesentliche Bestandteil der Argumentation ist. Zwar herrscht offensichtlich Uneinigkeit darüber, in welchem Maße eine ökonomische Freiheit und eine politische Freiheit einander bedingen, aber auch die von Keynes vorgeschlagenen politischen Eingriffe in die ökonomische Freiheit zielen sichtbar darauf ab, eine weitestgehend freie Marktwirtschaft erhalten zu können, ja gerade den Zwang, den ja auch Friedman fürchtet, auf die weniger privilegierten Marktteilnehmer zu mindern, damit diese, im Falle einer politischen Entscheidungsmacht, sich nicht gegen den Markt und für den Sozialismus aussprechen. Doch ist es nur Keynes, der versucht zu ergründen, wann sich ein politisch freies Volk für eine freie Ökonomie entscheidet. Schumpeter und Friedman hingegen scheinen aufgrund ihrer eigenen Überzeugung mit Blick auf die Überlegenheit des freien Marktes gegenüber den anderen Ordnungen zu vergessen, dass gerade in der von Friedman als unabdingbar geltenden Kombination der freien Wirtschaftsordnung und der freien politischen Ordnung auch auf Seiten des freien Marktes nach Gründen gesucht werden muss, warum auch die Menschen, die auf den ersten Blick am wenigsten von dieser Wirtschaftsordnung profitieren, sich diese wünschen sollten. Keynes erkennt, dass der langfristige Nutzen einer solchen Ordnung zwar vielleicht den größten Teil der Eliten überzeugen wird. Aber hat nicht gerade Schumpeter betont, dass in einer Demokratie die Wahlentscheidungen mit einer kurzfristigen Perspektive getroffen werden? Daher versucht also Keynes nicht, wie von seinen Kritikern bemängelt, die ökonomische Freiheit abzuschaffen, sondern vielmehr, einen Spagat zwischen einer kurzfristig erträglichen und langfristig effizienten Ordnung zu finden, immer unter der Annahme, dass in einer politisch freien Gesellschaft die politischen Maßnahmen Ausdruck des allgemeinen Willens sind.

Ob es überhaupt der Demokratie bedarf, um ein kapitalistisches System in einem Land zu etablieren, scheint nur Schumpeter ernsthaft in Frage zu stellen. Obwohl Keynes nur am Rande überhaupt auf ein politisches System eingeht, kann man aber, aufgrund des

Entstehungszweckes und seiner schon zuvor geschilderten Annahme der politischen Maßnahmen als Ausdruck des Volkswillens, davon ausgehen, dass er ein demokratisches System voraussetzt. Für Friedman hingegen ist eine freie Wirtschaft ohne eine politische Freiheit nicht möglich, obwohl er sogar selber einsieht, dass es vielleicht nur ein Zufall sein könnte, dass die wachsenden politischen Freiheiten im 19. Jahrhundert zusammen mit den wachsenden ökonomischen Freiheiten in Verbindung zu stehen scheinen.¹¹⁸

Es ist den Arbeiten anzumerken, dass sie alle vor der Entstehung eines großen Umweltbewusstseins entstanden sind. So sehr alle drei Seiten bemüht sind, die politische Einflussnahme geringzuhalten und die gesellschaftliche Bedeutung einer gut funktionierenden, individualistischen Gesellschaft zu betonen, so wenig beschäftigen sie sich mit den möglichen negativen Auswirkungen der von ihnen gewünschten Freiheit. Zwar spricht Keynes Folgen wie die Arbeitslosigkeit und die ungleiche Verteilung von Vermögen an, aber auch er erwähnt nicht, dass es besonders bei Fragen des Umweltschutzes letztlich Aufgabe der Regierung bleibt, die richtigen Gegenmaßnahmen einzuleiten. Vielleicht gehören diese Aufgaben aber auch zu denen, die Friedman als Aufgaben versteht, deren Ausführung „für Einzelne zu schwierig oder zu kostspielig wären“.¹¹⁹ Aber vielmehr scheint es so, dass sich die Ökonomen an dieser Stelle einig sind, dass sich aufgrund der Innovationskraft des Kapitalismus mit der Zeit Konzepte durchsetzen werden, die auch für die Umwelt des Menschen am verträglichsten sind. Ähnlich wie es Mill bei der Äußerung von Meinungen sieht, sind die Ökonomen bereit, Irrtümer in Kauf zu nehmen, um die Gesellschaft langfristig besser zu stellen. Friedman spricht ja sogar explizit von Experimenten.¹²⁰

Am Ende bleibt festzuhalten, dass es allen drei Ökonomen bewusst ist, dass wir in einem Zeitalter leben, in dem die Ökonomie eng verbunden ist mit dem Wohlergehen der Menschheit, im positiven wie im negativen Sinne. Die ökonomischen Führungskräfte üben deswegen eine große Macht auf die politischen Entscheidungsträger aus. Da beide, sowohl das freie politische wie auch das freie ökonomische Prinzip, parallel in den letzten 200 Jahren entstanden sind, ist es vielleicht gut, noch einmal auf die Unterschiede zwischen den Systemen hinzuweisen, die Schumpeter z.B. bei der Besetzung der führenden Positionen ausmacht. Trotzdem oder gerade deswegen glauben alle drei an die Kraft, die aus der Existenz des privaten Eigentums und ihrer freien Verfügung entsteht. Aber, dass es Situationen gibt, in denen die Regierung eines Landes in den Markt eingreifen muss und sogar darf, kann sogar einer der Väter des Neoliberalismus,

¹¹⁸ Vgl. Friedman Kapitalismus und Freiheit, S. 34.

¹¹⁹ ebenda, S. 25–26

¹²⁰ Vgl. ebenda, S. 27.

Milton Friedman, nicht verneinen. In den Details und Feinheiten der Ausgestaltung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik geben sehr wahrscheinlich auch unterschiedliche Erfahrungen ihren Ausschlag. So haben wir auf der einen Seite den, wie schon zuvor erwähnten, politikverdrossenen Schumpeter und einen Friedman, der in seiner Kindheit die Grenzen der staatlichen Verfügungsgewalt am Beispiel der Prohibition erlebt hat.¹²¹ Auf der anderen Seite haben wir Keynes, der beständig im Laufe seines Lebens als leitende Person in politischen Einrichtungen tätig war und sich von der Wirkung politischer Maßnahmen überzeugen konnte.

Fazit

Den Zusammenhang von Wirtschaft und Politik aus der Sicht von Philosophie und Ökonomie zu betrachten war das große Ziel dieser Arbeit. Es konnte zunächst anhand der Ausführungen von Foucault die Verschiebung einer politischen Einflussnahme auf die Ökonomie hin zu einer ökonomischen Einflussnahme auf die Politik aufgezeigt und begründet werden. Deutlich sollte zudem werden, wie misstrauisch die Ökonomie politischen Maßnahmen gegenübersteht und warum durch die unterschiedlichen Fristenauslegungen innerhalb der beiden Systeme, d.h. die politisch kurze Frist und die ökonomisch lange Frist, es zu Missverständnissen und Konflikten kommen muss.

Obwohl mit John Maynard Keynes und Milton Friedman die Gründungsväter der zwei sich heute im Wesentlichen gegenüberstehenden ökonomischen Denkrichtungen betrachtet wurden, konnte doch eine erstaunliche Einigkeit festgestellt werden. So sind sich die drei Ökonomen Friedman, Keynes und Schumpeter der politischen Bedeutung der Ökonomie in unserer heutigen Zeit bewusst und sie befürworten die freie Entfaltung des Individuums. Für alle drei Ökonomen geht die freie politische Entfaltung mit der freien ökonomischen Entfaltung einher.

Die klassische Schule als die gemeinsame Grundlage der drei Konzepte ist spürbar, auch wenn die Ziele natürlich divergieren. Versucht der Neoliberalismus nach Wegen zu suchen, die Effizienz und die Freiheit der Märkte zu stärken, bildet der Keynesianismus den dazu entgegenstehenden Anker, der nötig ist, um die Marktwirtschaft im Fall der Krisen vor den Stürmen der Entrüstung der freien Wählerschaft zu schützen.

Gerne wäre mehr auf den Kapitalgedanken von Bourdieu eingegangen worden, da erst dieser die Anwendung ökonomischer Mechanismen in wirtschaftsfernen Gebieten erklären vermag. Es muss im Rahmen dieser Arbeit aber leider ausreichen, ihn eingeführt zu haben und in den

¹²¹ Vgl. Mark Thornton, Milton Friedman, Drug Legalization, and Public Policy, in: Robert A. Cord und J. Daniel Hammond (Hrsg.), Milton Friedman. Contributions to economics and public policy, 2016, S. 464–479, hier S. 464–465.

Zusammenhang mit der Begierde der Menschen und damit mit dem Emporkommen der ökonomischen Gouvernamentalität gesetzt zu haben.

Es möge dem Autor nachgesehen werden, wenn aufgrund der Vielfältigkeit und der Komplexität der betrachteten Themen an einigen Stellen der historische Kontext nur sehr rudimentär behandelt worden ist. Besonders die Auseinandersetzung von Friedman mit Keynes, aber auch das zwiespältige Verhältnis von Schumpeter zu Keynes, wären es wert gewesen, genauer betrachtet zu werden. Da diese Themen aber ganze Bücher füllen, musste an dieser Stelle auf eine ausführlichere Betrachtung verzichtet werden, um nicht gänzlich eine gewisse Schärfe in der Präsentation der Thematik zu verlieren.

Ebenso wie die Zahl der Aspekte ist es schon fast selbstverständlich, die Zahl der betrachteten Autoren als nicht erschöpfend anzusehen. Es handelt sich bei der Auswahl zwar um bedeutende Ökonomen, die mit ihren Ideen bis heute Einfluss auf die ökonomischen und politischen Entscheidungsträger haben, aber so kann man z.B. die zeitliche Nähe der Veröffentlichungen als durchaus kritisch ansehen. Dass besonders Schumpeter und Friedman an vielen Stellen einer Meinung sind, könnte dem Zeitgeist der damaligen amerikanischen Gesellschaft geschuldet sein. Man müsste daher für eine weitere Präzision der hier dargelegten Argumentation auch versuchen, die Evolution und Genesis der ökonomischen Denktraditionen stärker zu verdeutlichen, in dem die Quellen der klassischen ökonomischen Schule stärker beleuchtet werden, aber auch auf die Auswirkungen der betrachteten Autoren für die nachfolgenden Generationen herausgearbeitet werden.

Literatur

Bourdieu, Pierre, Schriften zu Politik & Kultur, Hamburg, 1992.

Foucault, Michel, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Vorlesung am Collège de France, 1977-1978, Frankfurt am Main, 2015.

Freedman, Craig, Harcourt, Geoffrey C. und Kriesler, Peter et al., How Friedman became the Anti-Keynes, in: Robert A. Cord und J. Daniel Hammond (Hrsg.), Milton Friedman, 2016, S. 607–630.

Friedman, Milton, Kapitalismus und Freiheit, München, 2014.

Hobbes, Thomas, Der Leviathan: Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, Frankfurt am Main, 1994.

Keynes, John Maynard, Aussprüche und Parabeln, online verfügbar unter: <http://www.keynes-gesellschaft.de/wp/keynes-leben-und-werk/aussprueche-und-parabeln/> .
Zuletzt geprüft am: 14.4.2017 um 20:02.

Keynes, John Maynard, The collected writings of John Maynard Keynes VIII: The General Theory of Employment, Interest and Money, Cambridge [u.a.], 2013.

Locke, John, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt am Main, 1977.

McCraw, Thomas K., Joseph A. Schumpeter: Eine Biografie, Hamburg, 2008.

Mill, John Stuart, Über die Freiheit, Leipzig, Weimar, 1991.

Nützenadel, Alexander, Konjunktur und Krise: Die Wirtschaftsberichterstattung der ZEIT zwischen Expertenkultur und Politik (1949-1990), in: Christian Haase und Axel Schildt (Hrsg.), Die Zeit und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen, 2008, S. 130–143.

Sarasin, Philipp, Michel Foucault zur Einführung, Hamburg, Hamburg, 2016.

Schumpeter, Joseph Alois, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen, 1993.

Schumpeter, Joseph Alois, Capitalism, socialism and democracy, London, 2010.

Thornton, Mark, Milton Friedman, Drug Legalization, and Public Policy, in: Robert A. Cord und J. Daniel Hammond (Hrsg.), Milton Friedman. Contributions to economics and public policy, 2016, S. 464–479.